

**Konzept einer umsatzorientierten
Sozialsteuer**

Verfasser:

Dipl.-Ing.(FH) Martin Hufnagel

Kurzfassung

Das hier vorgestellte Konzept fußt darin, einen Systemwechsel der Finanzierung der Sozialsysteme vorzunehmen. Statt wie bisher einseitig die Arbeitskosten mit Abgaben zu belasten, sollen die Umsätze oder gleichwertige Kenngrößen besteuert werden gleich einer Sozialumsatzsteuer. Dieses Konzept ist im ersten Schritt ´nur´ eine Umfinanzierung, jedoch bewirkt diese Umstellung massive strukturelle Verbesserungen, die zu einem ein deutliches Mehr an Beschäftigung und damit Ausgabenreduktion bewirken. Zum anderen wird eine deutliche Verwaltungsvereinfachung eintreten. Zum dritten werden die Probleme der Überalterung und Beamtenpensionen damit lösbar. Durch dieses System ergeben sich auch Möglichkeiten, die gegenseitige Verrechnung/Aufrechnung der Sozialkosten der unterschiedlichen Länder, fair und transparent zu regeln.

Einleitung

Was ist los in Deutschland? Deutschland, das Wirtschaftswunderland, wird es zum Rezessionsstaat, wird die Konjunkturlokomotive Europas zum Schlafwagen? Betrachtet man die Meldungen der letzten Monate, die Stimmung im Land und die Ansichten des Auslands, bewegen wir uns tatsächlich in diese Position. Wie kann dies aber doch geschehen? Haben wir nicht weiterhin ein reiches Land mit großem Wohlstand, gebildeten Bürgern, hoch qualifizierte Arbeitskräfte? Wir sind weiterhin Exportweltmeister. Unser Sozialsystem ist in vielen Bereichen beneidenswert gut. Vor allem herrschen großer Friede und Sicherheit in unserem Land, etwas nicht selbstverständliches, wofür wir kaum dankbar genug sind.

Doch sind diese Früchte unsere Generation und unserer Eltern in Gefahr. Ein weiter so wie bisher, wird uns unweigerlich in den Staatsbankrott und sozialen Niedergang führen. Aber wie sind die Probleme zu lösen, wie können wir unseren Staat, unser Land wieder fit bekommen?

Unsere Krankensysteme sind finanziell überlastet, die Rentenkassen sind leer, die Abgabenlast auf die Bevölkerung hat ungeahnte Ausmaße angenommen, Unternehmen wenden sich von unserem Land ab, die, welche bleiben müssen, brechen unter der Last der Abgaben und Bürokratie fast zusammen. Kaum jemand sieht eine Besserung in der Ferne. Vielmehr werden die Überalterung, die geburtenschwachen Jahrgänge, die Beamtenpensionen, die Staatverschuldung und viele andere Faktoren die Krise weiter anheizen und womöglich die Grundfesten unseres Staates erschüttern. Nicht wenige sehen in den Aktiengeschehen erschreckende Parallelen zu den 20-ziger Jahren.

Man kann nun schnell und sehr medienwirksam irgend einen Vorschlag aus dem Hut zaubern - heute benutzt man dafür im übrigen Kommissionen - der die Lösung der Probleme innerhalb von weniger als der Legislaturperiode verspricht. Auch wenn diesen Versprechungen kaum noch jemand glauben mag, weiß jeder, dass keiner eine wirklich gangbare Lösung parat hat. Die Probleme sind derart verwoben und komplex, dass eine Behebung unmöglich erscheint. So wird je nach Stimmung mal zu Ungunsten der Unternehmen, der Arbeitnehmer oder sonstiger Gruppe etwas beschlossen, ohne dass ein längerfristiger

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

Erfolg sich einstellt. Die Abstände zwischen den jeweils als historisch und langfristig wirksam angekündigten Reformen werden immer kürzer und die Hilflosigkeit tritt immer krasser zutage. Vielfach zeigte sich, dass die Reformen offensichtlich nur Symptome behandelten, jedoch nicht die Ursachen der Krankheit.

Gerade aber ohne die genaue Analyse der Probleme der Sozial- und Steuersysteme kann aber keine Behandlung erfolgen. Eine Behandlung ohne Diagnose kann keinen Therapieerfolg aufweisen. Und ohne Therapie stirbt der Patient.

Betrachten wir daher einmal unser Land wie ein Arzt. Versuchen wir eine Diagnose des Krankheitsbildes zu finden. Niemand muss dazu Volkswirtschaftler sein. Es genügt eine aufmerksame Beobachtungsgabe und die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen.

Die Problemanalyse

Bürokratie

Glaubt man den Statistikern, so entfällt auf Deutschland etwa 70% aller Steuerliteratur und ähnlich hoch ist der Anteil an Verordnungen, Vorschriften und Gesetzen. Die Flut an Verordnungen und Gesetzen ist derart, dass nur noch versierte Fachleute in Teilbereichen den Überblick behalten. Alle anderen werden infolge der zwangsläufig vorhandenen Unkenntnis zu potentiellen Übertretern. Wer wird sein eigenes Privatvermögen, seine Existenz und seine Zukunft für eine selbständige Tätigkeit einsetzen, wenn die Gefahr des unverschuldeten Scheiterns durch eine überbordende Bürokratie stetig steigt? Man denke nur an das Gesetz zur Scheinselbständigkeit. Folglich nimmt diese Bürokratie der Wirtschaft den Atem für zukunftsweisendes, engagiertes Unternehmertum. Ohne dieses Unternehmertum werden aber keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, die Modernisierung der Produkte, unsere Wettbewerbsfähigkeit schwinden. Die andere Seite der Bürokratie ist der enorme aufgeblähte Verwaltungsapparat in allen Ebenen der öffentlichen Hand. Nicht nur, dass diese allein durch ihre Existenz eine Vielzahl neuer Verordnungen und Verwaltung schafft, sie kostet allein durch ihre Existenz, die zu bezahlenden Beamten und Angestellten, die zu unterhaltenden Gebäuden und Einrichtungen, eine enorme Summe Geld. Geld,

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

welches der Wirtschaft in Form von Abgaben und Steuern entzogen wird und wiederum sich negativ auf Wirtschaftswachstum usw. auswirkt.

Diese Punkte sind bekannt und werden regelmäßig bei Wahlterminen von allen Lagern wiederholt, jedoch hat jede neue Regierung nur noch mehr Bürokratie und Verwaltung geschaffen. Keiner Regierung gelang es je, die Zahl der Gesetze wirklich zu mindern. Der Bürokratismus ist daher nicht die eigentliche Ursache, denn sonst wäre es einfach und leicht, diesen Verordnungswust zu reduzieren. Es ist vielmehr eine Frage des Systems. Ich will dies an einem Beispiel erläutern:

Im Straßenverkehr gilt bei uns, dass der vor rechtskommende Verkehr Vorfahrt hat, sofern durch ein Schild nichts anderes angezeigt ist. Dieses Prinzip ist einfach erlernbar, generell anwendbar und reguliert somit in einfacher Weise den Verkehr. Würde man auf diese Regel verzichten und statt dessen über die Art der befahrenen Straße, der kreuzenden Straße, der Tageszeit, der Art der Verkehrsmittel und der umgebenden Situation die Vorfahrt regeln, ist absolut klar ersichtlich, welcher administrative Aufwand über Verordnungen, Vorschriften, Gerichtsurteile und Ausnahmeregelungen dabei entstehen würde.

Unsere Bürokratie versucht alles zu regeln, weil die meisten von der Bürokratie entwickelten System ohne Bürokratie nicht funktionieren würden. Es fehlt den von der Bürokratie entwickelten Abläufen die Selbstregulierung. Bürokratie ist die Folge von falsch strukturierten Systemen, die ohne einen enormen Aufwand an Vorschriften nicht funktionieren. Bürokratie ist das Gegenteil eines im Gleichgewicht befindlichen Systems. In einem System mit Selbstorganisation werden durch systemimmanente Mechanismen alle Teile in einem stabilen Gleichgewicht gehalten, ohne dass ständig von außen eingegriffen werden muss. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Balance zwischen Angebot und Nachfrage. Diese reguliert sich aktiv und marktorientiert ohne Eingriffe. Stellt man dieses System durch Festlegung von Preisen, Abnahmemengen usw. um, kann nur durch Verordnungen das System erhalten werden. Die Regulierung des EU-Landwirtschaftsbereiches ist ein eindrucksvolles Beispiel für diese Überregulierung und deren Folgen.

Globalisierung

Gerade das Beispiel der EU verweist auf ein weiteres Problemfeld: die offenen Grenzen innerhalb der EU und der Welt insgesamt. Bürokratie ist nur auf den Bereich eines Landes, eines Wirtschaftsraumes beschränkt, kann daher nur lokal gelten. Die Wirtschaft ist aber globalisiert. So können wir in Deutschland ruhig ausgiebig über Steuern reden, einer international platzierten Firma mit Sitz in einer Steueroase bereitet dies keine Probleme. Wir können beruhigt die Vorschriften für Arbeitszeit, Kündigung, Lohnnebenkosten verschärfen, jene Firmen, die im Ausland zu erbärmlichen Arbeitsbedingungen billiger produzieren, kann dies nur recht sein, da der Absatz durch jene Vorschriften ja nicht behindert ist.

Ein grundsätzliches Problem unserer Bürokratie ist, dass diese nur national, bestenfalls EU-weit gilt, wir aber eine globalisierte Weltwirtschaft haben, die nach belieben diese Vorschriften umgehen oder unterwandern kann, ohne dass Maßnahmen effektiv greifen. Unsere Gesetzgebung fußt auf einem Denken aus Zeiten der Nationalstaaten mit in sich geschlossenen Gesellschaften und Systemen. Diese sind aber nicht mehr vorhanden. Als Reaktion darauf versucht man durch noch mehr Vorschriften entstandene Lücken zu schließen, Ausnahmefälle und Härteregeln zu definieren und verstrickt sich doch immer mehr in nicht überschaubare Regelwerke, die dann den Versierten doch riesige Möglichkeiten zum Ausnutzen der System zum eigenen Vorteil bieten. Die Vorschriften der EU für Importe, Lebensmittelüberwachung und die doch ständig vorkommenden Lebensmittelskandale und Verstöße sind hier Beispiel genug.

Ein anderer Aspekt der Globalisierung ist die Produktion und der Verkauf von Produkten. In Deutschland hergestellte Produkte sind infolge der hohen Abgaben und Steuern gegenüber ausländischen Produkten häufig überteuert. Allein durch hohe Produktivität, Innovation und Marketing lassen sich hier noch Absätze erzielen. Gelingt dies nicht mehr, wird die Produktion in das Ausland verlagert. Auf dort hergestellte Produkte entfallen keine Abgaben und Steuern wie in Deutschland. Dadurch wird allein über die Abgabenlast ein Preisvorteil erzielt. Diese im Ausland hergestellten Produkte sind aber ohne Unterschied zu in Deutschland produzierten Waren zu verkaufen. Obwohl die in Deutschland hergestellten Waren durch Abgaben, Steuern, durch die Schaffung von direkten oder indirekten Arbeitsplätzen positiv für die Volkswirtschaft zu bewerten sind,

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

sind sie doch gegenüber den ausländischen Produkten benachteiligt. Dies führt dazu, einerseits Produkte in Deutschland mit einem Minimum an Abgabenlast zu produzieren, das heißt mit einem Mindestmaß an Beschäftigten, da hier die Abgabenquote am höchsten ist, und andererseits jede Produktion, die billiger und kostengünstiger im Ausland erfolgen kann, auch dorthin zu verlagern. Dies führt zwangsläufig zu einem Rückgang an Beschäftigung. Diese Arbeitslosen müssen aber über erhöhte Abgaben unterhalten werden. Diese erhöhten Abgaben erhöhen aber den Druck auf die Unternehmen mehr zu rationalisieren oder auszulagern. Dies gleicht einem Teufelskreis ohne Möglichkeit der Regulation. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit können die Abgaben nicht gesenkt werden. Ohne Reduzierung der Abgabenlasten auf die Löhne werden aber keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Dies zeigt eindeutig an, dass hier ein Systemfehler vorliegt. Dieser ist weder mit administrativen Vorgaben (Zwang zur Einstellung von Arbeitslosen, besserer Vermittlung oder Förderung von Arbeitsplätzen) noch durch Appelle zu lösen. Unternehmen sind da, Geld zu verdienen, keine sozialen Einrichtungen.

Eine weitere Folge dieses Systemfehlers ist, dass innovative, spezialisierte Arbeitsplätze eher in Deutschland möglich sind, einfache, minderqualifizierte Tätigkeit aber zunehmend ausgelagert oder rationalisiert wird. Es ist aber nicht jeder geeignet, hochqualifizierte Büroarbeiten auszuführen. Viele haben besondere handwerkliche Begabungen, keine akademischen Qualitäten. Für diese sogenannten Minderqualifizierten fehlen aber nun diese Arbeitsplätze, die durch Maschinen ersetzt oder ausgelagert wurden.

Ursache für diese Fehlentwicklung ist, dass die Erhebung der Abgaben und Steuern nur national erfolgt, die Märkte aber längst globalisiert sind. Die Mechanismen unserer Steuer- und Sozialsystem sind Rudimentäre der Nationalstaaten und nicht kompatibel zu der globalisierten Welt von heute. Waren können außerhalb jedes Steuersystems produziert und beliebig verkauft werden. Länder ohne Sozialsystem treten in Wettstreit mit Wohlfahrtsstaaten zu Gunsten internationalen Playern auf den Rücken der Sozialsysteme.

Es verwundert dabei also nicht, wenn für viele Globalisierung nur ein Schimpfwort, welches mit vielen schmerzlichen Erfahrungen verbunden, ist.

Wirtschaftswachstum

Es mag verwundern, dass das Wirtschaftswachstum ein Problem unseres Sozialsystem sein soll. Dies erscheint auf dem ersten Blick widersinnig. Doch betrachtet man die aktuelle Situation, so liegen wesentliche Finanzierungsprobleme unserer Volkswirtschaft darin, dass die Wirtschaft nicht entsprechend den Prognosen wächst. Durch das hinter den Prognosen zurückliegende Wirtschaftswachstum fallen auch die Steuereinnahmen zurück. Da die Ausgaben weitgehend unabhängig vom Wirtschaftswachstum sind, teilweise in der Entwicklung darüber liegen, wirkt sich dies extrem negativ auf die Gesamtbilanz aus. Dies sind vordergründige Probleme, eher Symptome einer falschen Ausgabenpolitik, eines aus dem Ruder gelaufenen System. Der Staat nimmt in extrem großen Umfang den Bürgern Steuern und Abgaben ab, jedoch reicht dies noch immer nicht aus, die Ausgaben ohne Neuverschuldung und ständiger Erhöhung der Abgabenlast zu finanzieren. Faktisch ist unser System derart fehlgesteuert, dass ohne ständigem Wirtschaftswachstum die Finanzierung nicht gelingt. Im Strafrecht würde ein System, welches nur durch ständigen Zufluss an neuen Geldern aufrechterhalten wird, Schneeballsystem genannt werden. Für Anlagegeschäfte ist dies strafrechtlich verboten. Unser Ausgaben-Einnahmensystem ist so gestrickt, dass ständig neue Einnahmen erschlossen werden müssen, um es zu finanzieren, so dass ohne diese Mehreinnahmen in Form von Wirtschaftswachstum nur durch höhere Abgaben die Finanzierung gedeckt werden kann. In der Finanzierung ist allgemein der Begriff Neuverschuldung genannt. Diese beträgt im Durchschnitt 2-3%, für das Jahr 2002 und danach deutlich noch darüber, d.h. der Schuldenberg des Staates wächst jedes Jahr um diesen Prozentsatz. Entsprechend wachsen auch die Belastungen für Zinsen. Eines Tages werden diese Schulden zurück zu zahlen sein bzw. der Haushaltsanteil für Zinsen derart angewachsen sein, dass er alle anderen Posten übertrifft. Wir laufen also in der Entwicklung unserer Staatsfinanzen auf einen Punkt zu, an dem wir wesentliche Mittel unseres Haushalts nur zur Tilgung der Altschulden verwenden. Falls unser System bis dahin nicht verbessert sein wird, werden wir aller Voraussicht diese Krise nicht heil überstehen.

Es ist daher ein fataler Irrtum darauf zu spekulieren, unsere Finanzprobleme mit ständigem Wirtschaftswachstum lösen zu wollen. Es wird irgend wann einmal ein Punkt erreicht sein, an dem eine Volkswirtschaft nicht mehr wachsen kann.

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

Nachhaltig und verantwortlich wäre es hingegen, wenn wir für unsere Nachkommen, unsere eigenen Probleme lösen würden und nicht noch mehr Ballast für sie aufhäufen würden. Es muss daher die Finanzpolitik darauf ausgerichtet sein, ohne ständiges Wirtschaftswachstum und Neuverschuldung die Finanzierung der Haushalte zu gewährleisten. Die durch Wirtschaftswachstum erzielten Mehreinnahmen sollten zweckgebunden der Rückführung der Verschuldung dienen.

Überalterung der Bevölkerung

Ein weiteres Problem ist die Bevölkerungsstruktur. Durch Pillenknick, ein für Familien unfreundliches Umfeld in sozialer als auch wirtschaftlicher Hinsicht und veränderte Lebensgestaltungen schreitet die Überalterung der Bevölkerung zusehends fort. In wenigen Jahren werden pro Arbeitnehmer doppelt so viele Rentner zu unterstützen sein wie heute. Da bereits jetzt die Abgabenlast die Grenze der Belastbarkeit erreicht hat, wird diese Entwicklung –Hand in Hand mit den explodierenden Beamtenpensionen- die bereits jetzt in Schieflage befindlichen System unseres Sozialstaates kippen. Das Problem der Überalterung beginnt erst jetzt langsam, die nächsten Jahre aber stetig an Dramatik zu gewinnen. Dabei ist das Problem der Überalterung bisher nur einseitig auf die Ausgaben der Sozialkassen und deren Finanzierung beschränkt worden. Das Problem liegt aber noch viel tiefer. Zu dem Zeitpunkt, an dem mehr Personen die Rente antreten als Berufsanfänger zu vermelden sind, werden auch deutlich weniger Gelder in Versicherungen eingezahlt als Versicherungsleistungen anfallen. Faktisch sind die Versicherungen gezwungen, gebundenes Kapital zu veräußern und diese Gelder aus zu zahlen. Damit verlieren die Gesellschaften an Wert und die Aktienkurse werden entsprechend gesenkt. Die Dramatik und Reichweite dieser zu erwartenden Schrumpfung sind kaum absehbar. Gerade die Verluste in den Pensionskassen nur infolge der Wirtschaftsschwäche und dem Platzen der Spekulationsblase der „New Economie“ zeigt die Fragilität unseres System.

Da dieses Problem aber nicht ursächlich an unserer jetzigen Situation ist, soll es hier nur kurz angerissen werden.

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

Mit diesen beiden Schlagworten –Bürokratie und Globalisierung- soll vorerst die Problemanalyse beendet werden. Die Probleme der Krankenkassen lassen sich beispielsweise völlig darauf zurückführen: zu viele Arbeitslose infolge der Globalisierungsauswirkungen belasten die Kassen, die Gegenreaktion sind Kosteneinsparungen durch entsprechende Vorschriften, diese können aber nur durch entsprechende Verwaltungen umgesetzt werden und erzeugen wiederum Kosten, diese sind nun wieder durch Abgabenerhöhungen zu finanzieren, somit dreht sich die Spirale zusehends schneller. Auch das hohe Staatsdefizit ist nicht unwesentlich auf die Globalisierung zurück zu führen. Wenn große internationale Konzerne keine Gewinne mehr versteuern, Produktion usw. ins Ausland auslagern, jedoch die Abgabenlast allein in Deutschland belassen, kann dies nur negativ auf die Volkswirtschaft sich auswirken. Zudem welcher Investor möchte sein Geld dort anlegen, wo er infolge hoher Abgabenlasten, hoher Bürokratie nur Probleme sieht, wenn andererseits viele günstigere Alternativen in anderen Ländern zur Verfügung stehen.

Eine Lösungsmöglichkeit besteht darin, die sozialen Wohltaten für die Bürger zu mindern und durch harte Einschnitte in den sozialen Systemen die Abgabenlast zu mindern. Doch wie schwierig bereits kleine Einschnitte und Verzicht auf Privilegien sind, zeigen die aktuellen Diskussionen. Zudem müssten diese Modifikationen durch Vorschaltgesetze, zus. Verordnungen und Änderungen in bestehenden Gesetzen erfolgen. Die führt unweigerlich zu neuen Verwaltungsaufwendungen und wird die bereits bestehende Verwaltungsflut eher erhöhen.

Höhere Abgaben sind ebenfalls nicht mehr möglich. Entweder wird dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit gemindert oder durch die Lohnsteigerungen jeder Anreiz für Arbeit und Initiative weiter gedämpft. Nicht zu vergessen ist hier die psychologische Komponente des Marktes. Deutschland ist in weiten Teile ein Binnenmarkt. Sobald angenommen wird, die Zeiten sind schlecht, fahren die Bürger ihren Konsum zurück und beginnen zu sparen. Dadurch sinken die Umsätze und Gewinne, die Arbeitslosigkeit steigt. Somit werden die schlechten Meldungen verstärkt und die Angst noch mehr angeheizt. Letztlich verursacht bereits eine minimale Abgabenerhöhung durch diesen psychologischen Effekt mehr Ausgaben in den Sozialsystem durch mangelnden Konsum, als die Abgabenerhöhungen einbringen.

Wie kann aber dann die Krise behoben werden? Fehlen uns nur die richtigen Impulse der Außenwirtschaft, des Exports? Auch diese Annahme beweist sich als unzureichend. So ist der Export in den letzten Jahren stets auf sehr hohem Niveau gewesen. Deutschland exportiert pro Kopf gemessen am Meisten von allen Ländern. Trotzdem entfallen nur ca. 20-30% auf den Außenhandel, der Rest liegt im Binnenmarkt Deutschlands. Daher werden auch steigende Exportzahlen unsere Probleme nicht bessern. Einzig durch positive Meldungen, das Herbeireden des Endes der Krise, kann viel bewirkt werden.

Wir sitzen in einer fatalen Situation. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit entweder die Leistungen zu kürzen. Dazu ist er politisch nicht in der Lage, da er unweigerlich infolge des Widerstands in den betroffenen Kreisen die nächsten Wahlen verliert. Seine 2. Stellschraube sind Abgaben. Diese könnte er erhöhen. Jedoch würde jede Erhöhung den Druck zur Abwanderung der Firmen, den Konsumverzicht und die Flucht der Investoren bewirken. Dies würde durch Folgekosten unter Umständen die erhöhten Abgabeeinnahmen egalalisieren, so dass auch hier keine Lösung in Sicht ist. Eine 3. nicht unwesentliche Ansatzstelle wäre ein Sparen in den öffentlichen Haushalten. Diese sind aber hoch komplex und Einsparungen nur als Summe vieler Einsparungen möglich. Da dies eigene Bereiche der Regierenden und der Parteien sind, zeigen diese wenig Bereitschaft selbst kürzer zu treten. Beispiele sind hier die Kofianzierung der Parteien durch den Staat. Hier könnte einiges an Geldern eingespart werden. Auch Oberfinanzdirektionen, Oberbehörden im allgemeinen eignen sich bestens zur Einsparung. Doch selbst das völlig verschuldete Land Berlin ist nicht in der Lage, hier tätig zu werden. Daher ist eine Lösung auch in diesem Bereich nicht zu erwarten.

Skizze des Lösungsansatzes

Wie wir oben gesehen haben liegen die Grundursachen für unsere Probleme darin, dass zum einen die Erhebung der Abgaben und Steuern nicht für einen globalisierten Markt funktionieren. Zum Anderen wird das Land durch überbordende Bürokratie finanziell stark belastet und Unternehmertum, Beschäftigungsinitiativen und Leistungsbereitschaft gehemmt.

Versuchen wir also eine Art Steckbrief für ein neues System zu entwerfen:

- das neue Abgaben und Steuersystem muss globalisierte Waren-, Geld- und Menschenströme berücksichtigen
- es muss mit einem Minimum an administrativer Bürokratie auskommen, d.h. das System muss so angelegt sein, dass es sich selbst hinsichtlich Ausgaben und Einnahmen reguliert und die beschlossenen Gesetze und Verordnungen langfristig gleichbleibend gelten und nicht ständig angepasst werden müssen
- es muss einfach in der Anwendung sein und so für Bürger verständlich und nachvollziehbar sein, zudem muss es für Investoren klar definierbar sein, damit verlässliche Kalkulationen und Sicherheit gegeben ist
- es muss in der Startphase ohne höhere Belastungen für die Volkswirtschaft auskommen und langfristig Problembereiche wie die Überalterung, Beamtenpensionen, Zuwanderung, Schwankungen in der Wirtschaftsentwicklung usw. berücksichtigen
- es darf die Leistungen für die Bürger nicht mindern, da es sonst kaum durchsetzungsfähig ist, d.h. weder Renten, noch Arbeitslosenunterstützung und Leistungen der Krankenversicherung dürfen markant gemindert werden
- es ist mittelfristig von einem stärkeren Zusammenwachsen der EU-Staaten auszugehen, daher muss dieses System die Kompatibilität der Sozialsystem und Eigenarten der jeweiligen Länder berücksichtigen können

Sie lächeln. Dieses System müsste den Stein der Weisen in den Schatten stellen. Wie soll so etwas aussehen ohne mehr Verwaltung, Bürokratie und Kosten zu verursachen? Führt nicht jeder Systemwechsel dazu, dass große Bevölke-

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

rungsteile benachteiligt werden. Wie soll dann solch ein System in einem demokratischen System eingeführt werden können.

Es ist klar, dass dieses neue System nicht dem bisherigen Sozialsystem gleichen kann. Es muss völlig neu strukturiert werden. Darin liegt vielleicht das größte Problem, die Verwaltungen umzustellen und neue Wege zu gehen. Es geht aber. Und es ist in vielen Bereichen wesentlich einfacher, als sich das viele Verwaltungsfachleute vorstellen.

Ich will im folgenden einen Lösungsvorschlag skizzieren, der in vielen Teilen dem Steckbrief angenähert ist. Ich weise aber klar darauf hin, dass es kein Allheilmittel ist und viele andere wichtige Problembereiche zusätzlich erfasst werden müssen. Auch können Teile dieses Vorschlages mit Vorschriften der EU, WTO o.ä. Probleme aufwerfen, die eigens zu klären sind.

Die Sozialumsatzsteuer (SUST)

Kern des Ansatzes ist, statt die Sozialabgaben über Abgaben auf Löhne und Gehälter zu finanzieren, diese Abgaben über eine umsatzorientierte Sozialsteuer zu erheben. Vereinfacht spreche ich daher im folgenden von einer Sozialumsatzsteuer (= SUST). Die Sozialabgaben werden in gleicher Höhe wie bisher erhoben, jedoch nicht mehr lohngelunden sondern umsatzbezogen. Statt wie bisher zahlt eine Firma mit ca. 50 Angestellten nicht mehr für 50 Angestellte Sozialabgaben sondern entrichtet in Abhängigkeit der Umsätze eine Steuer. Sinken die Umsätze, fällt die Steuer, steigen die Umsätze, steigt diese analog. Erhöht oder mindert das Unternehmen die Beschäftigtenzahl, so ändert dies prinzipiell nichts an den Sozialabgaben. Zwei Firmen mit gleichen Umsätzen aber deutlich unterschiedlichen Beschäftigtenzahlen sind dann prinzipiell gleich belastet. Die Gehälter der Angestellten und Arbeitnehmer sind quasi brutto=netto abzüglich der abgeführten Lohnsteuer. Die SUST wird wie die Lohn- oder Umsatzsteuer an das Finanzamt abgeführt und von dort an die Sozialkasse weitergeleitet. Die Ermittlung der Leistungen (Rente, Arbeitslosengeld usw.) wird in Abhängigkeit der beim Finanzamt gemeldeten Einkommen ermittelt.

Die SUST könnte daher wie folgt aussehen:

- Streichung aller direkten Sozialabgaben auf Arbeitslöhne und -entgelte.
Die Nettolöhne entsprächen dann den um die Lohnsteuer reduzierten Bruttoentgelten. Der Arbeitgeber zahlt keine Sozialabgaben in Abhängigkeit von Arbeitsentgelten
- die Finanzierung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung erfolgt ausschließlich über eine umsatzorientierten Abgabe analog der Mehrwertsteuer. Diese Abgabe fällt auf alle Umsätze innerhalb Deutschlands an. Die Höhe der Abgabe richtet sich nach den tatsächlichen Ausgaben in der Sozialversicherung. Alle über den Grundleistungskatalog hinausgehenden, per Gesetz verordneten Leistungen sind aus dem Staatshaushalt und nicht aus der Sozialversicherung zu finanzieren. (d.h. wenn der Bundestag Leistungen erhöht, muss er selbst aus dem Bundeshaushalt diese Leistungen bezahlen, kann diese nicht auf die Zahler abwälzen). Die Sozialversicherung erhält

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

- keine Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt. Die Ermittlung des Hebesatzes wird jährlich durchgeführt.
- Der Leistungskatalog der Renten- und Arbeitslosenversicherung muss per Gesetz verbindlich festgelegt werden. Dieses Gesetz sollte derart gestaltet sein, dass es nur mit 2/3 Mehrheit geändert werden kann (man bedenke, wie viele Gesetze pro Legislaturperiode dadurch entbehrlich werden würden und wie viel Zeit für die eigentlichen Probleme im Bundestag, den Verwaltungen und Gerichten verblieben). Dadurch sollen Änderungen vermieden werden und die Konstanz verbessert werden
 - die Krankenversicherung wird analog einer Privatversicherung organisiert, dh. jeder muss seinen Beitrag selbst bezahlen. Jeder Bürger muss über einen Nachweis seine Mitgliedschaft in einer Krankenkasse nachweisen, ansonsten wird er zwangsweise einer entsprechenden Krankenversicherung zugeordnet. Es wird ein Grundleistungskatalog zur Vergleichbarkeit der einzelnen Krankenversicherungen vom Bund festgelegt.
 - die Renten- und Arbeitslosengeldansprüche werden anhand der erhaltenen Entgelte über das zu versteuernde Einkommen ermittelt. Die Rente und das Arbeitslosengeld muss weiterhin leistungsbezogen sein. Eine Grundrente ist abzulehnen, da sie leistungshemmend ist.
 - Selbständige, Freiberufler usw. werden über einen Freibetrag von der SUST entlastet, sofern sie nicht Mitglied in der Rentenversicherung sind.
 - Karitative Unternehmen, religiöse Gemeinschaften, Firmen/Betriebe ohne Umsatz usw. werden hinsichtlich des Umsatzes nicht SUST-pflichtig, müssen aber in Abhängigkeit von Gesamtsumme der Arbeitsentgelte einen noch festzulegenden Betrag als Sozialabgaben abführen (z.B. 40% Aufschlag auf gezahlten Lohn)
 - alle nicht umsatzsteuerpflichtigen öffentlichen Behörden und Unternehmen müssen abhängig vom Entgelt Sozialabgaben abführen. Soweit möglich werden alle Behördenbereiche als umsatzsteuerpflichtige Unternehmen organisiert und verwaltet, bzw. die Staatsdienstleitungen privatisiert. Der Abgabesatz der öffentlichen Hand sollte ca. 20-30%

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

höher liegen als andere Betriebe. Dieser höhere Satz ist auch gerechtfertigt, da die Beamtenpensionen in die Sozialkassen überführt werden.

- alle bisher nicht umsatzsteuerpflichtigen Wirtschaftsbereiche (Ärzte usw.) werden umsatzsteuerpflichtig und damit anderen Berufsgruppen gleichgestellt.
- für Banken, deren Geldverkehr usw. nicht umsatzsteuerpflichtig organisiert wird ist noch ein geeignetes Modell zu entwickeln, dieser Bereich ist aber hoch sensibel, da Geld das flüchtigste Warengut ist.

Dieses Modell führt dazu, dass über die Umsätze alle Betriebe, Konsumenten und Gruppen erfassen, also die Abgabenlast deutlich verbreitert wird. Da die Umsätze nur auf den Bereich innerhalb Deutschland anfallen, werden alle ausländischen Produkte, die in Deutschland verkauft werden, ebenfalls zur Finanzierung der Sozialsystem herangezogen. Hingegen fallen Umsätze im Ausland nicht unter diese Abgabe.

Was bewirkt nun diese Änderung? Wie sehen die Folgen der SUST aus?

Die Vorteile der SUST für Unternehmen und Wirtschaft

Gleichmäßigere Abgabenlast

Auf den ersten Blick ist es nur eine andere Art der Finanzierung der Sozialsysteme, da durch diese geänderte Finanzierung erstmals keine Änderung in den Leistungen erfolgen. Das ist aber nicht der wesentliche Aspekt dieser Änderung. Vielmehr wird der Fokus der Abgabe weg von den Arbeitslöhnen hin zu den Umsätzen verschoben. Geht es heute einer Firma schlecht, drücken fallende Umsätze und Lohnsteigerungen den Gewinn, wird durch Verlagerung der Produktion ins Ausland, durch Entlassungen, Einsatz von Maschinen die Zahl der Beschäftigten reduziert. Da die Beschäftigten infolge der Lohnnebenkosten einen großen Ausgabenposten darstellen, rechnet sich diese Gleichung für die Unternehmen. Sanierung einer Firma ist praktisch stets mit Entlassungen und Verlagerung von Arbeitsplätzen verbunden. Durch die SUST rechnet sich dies nicht mehr automatisch. Durch fallende Umsätze fällt automatisch die Abgabenquote. Reduziert man die Zahl der Beschäftigten, so ist die Einsparung

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

niedriger, weil ja nur noch die direkten Löhne eingespart werden können. Werden Produktionen ins Ausland verlagert, die Produkte aber in Deutschland verkauft, so wird über die Umsätze trotzdem ein Beitrag zur Sozialversicherung geleistet. Demnach wird die starre Gleichung **Sanierung durch Entlassungen**, ausgeglichen durch **höhere Umsätze = höhere Abgaben, fallende Umsätze = fallende Abgaben.**

Zudem wird der Unterschied zwischen arbeitsintensiven Branchen und stark rationalisierten Branchen ausgeglichen. Es wird nicht mehr so sein, dass die an einem Bauwerk beteiligten Unternehmen mit enorm hohen Sozialabgaben auf die vielen Beschäftigten, welche für die Bauarbeiten trotz aller Rationalisierung notwendig sind, hohe Sozialabgaben zahlen, der Makler oder Architekt als Freiberufler mit wenigen oder gar keinen Angestellten, jedoch deutlich höhere Gewinne als die Baufirmen einfährt, ohne etwas in die Sozialkassen einzubezahlen.

Wer Umsätze und Gewinne macht, ist auch in der Lage diese Abgaben zu bezahlen, wer wirtschaftlich in Notlage gerät, wird durch die geminderten Umsätze automatisch entlastet.

Es ist an dieser Stelle wichtig zu erkennen, dass Arbeitnehmer in vielen Betrieben keine Kostenfaktoren sind, sondern das Potential für den Erfolg des Unternehmens. Untersuchungen haben gezeigt, dass durch Personalentlassungen zumeist keine dauerhafte Sanierungen der Unternehmen erreicht werden konnten, vielmehr blutenden die Unternehmen derart aus, da die besten Kräfte zumeist zuerst gingen, dass danach der Totalzusammenbruch nur zeitverzögert eintrat.

Exportförderung

Die SUST fällt nur auf Umsätze in Deutschland an. Dadurch sind im Ausland verkaufte Produkte ohne SUST und damit gegenüber heute deutlich verbilligt. Ausländische Produkte hingegen, die ohne oder deutlich niedrigeren Sozialabgaben in anderen Ländern hergestellt werden, leisten über die SUST einen Beitrag zum Sozialsystem. Wie weiter unten ausgeführt kann die SUST innerhalb Europas oder weltweit als Verrechnungsschema für die unterschiedlichen Standards der Sozialsystem eingeführt werden. Beispielsweise würden in Schweden höhere, in England niedrigere Sätze anfallen. Der durch die Globalisierung be-

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

wirkte Konkurrenzdruck der Volkswirtschaften wäre somit sozial ausgewogener, weil jedes Land seine landestypischen Strukturen beibehalten könnte, ohne dadurch global ins Hintertreffen zu geraten. Dies würde die Zahl der Beschäftigten in den Exportbereichen deutlich erhöhen.

Reduktion der Verwaltung und Bürokratie

Der 2. wesentliche Effekt ist die Einsparung in der Verwaltung und Bürokratie. Die Ermittlung der Sozialumsatzsteuer als Aufschlag auf die bisherige Umsatzsteuer erfordert nur geringe Regeln. Hingegen würden alle Regeln über Zuschläge auf Löhne, Überstunden, Nacharbeitszuschläge, Auslagen, Scheinselbstständigen, Geringverdiener, Nebenverdienste usw. komplett entfallen. Die Entlastung in den Betrieben von teils immens komplizierten Ermittlungen der Sozialabgaben, die notwendigen Melde- und Prüfverfahren würden komplett entfallen. Im Gegenzug wären auch bei den Krankenkassen, die bisher die Abgaben verwalteten, enorme Einsparungen möglich.

Faktisch würde das Gehalt Brutto=Netto abzüglich der Lohn- und Einkommenssteuer zuzüglich des bisherigen Krankenversicherungsbeitrags (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) erfolgen. Durch die Erfassung der Einkommen allein im Finanzamt würden alle Leistungen der Arbeitslosen- und Rentenversicherung ermittelt. Damit wäre damit ein Ende, dass für jede Leistung eigene komplizierte Einkommensermittlungen anfielen.

Allein durch diese Änderung der Erhebung der Sozialabgaben wären viele Gesetze und Vorschriften hinfällig, enorme Mengen an Verwaltungsarbeit unnötig und viel Bürokratie für die Unternehmen beseitigt. Die Folge dieser Umstellung kann aber sein, dass in Teilen kurzfristig deutliche Beschäftigungsreduktionen zu erwarten wären. Betroffen wären teilweise die Verwaltungen der Firmen und auch Verwaltungen in den Krankenkassen, öffentlichen Verwaltungen. Es ist aber mehr als wahrscheinlich, dass der durch den Systemwechsel bewirkte Beschäftigungsschub diese möglichen Entlassungen mehr als wett macht.

Besseres Klima für Investoren

Der 3. nicht zu unterschätzende Effekt betrifft den Investor. Jeder der in Deutschland investieren würde, könnte durch die Umsatzschätzung genau die Sozialabgaben abschätzen können. Diese Vereinfachung würde viele Investoren Deutschland deutlich attraktiver machen. Zudem würde der Standortnachteil

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

durch die jetzt sehr hohen lohnbezogenen Abgaben in Deutschland für international vertriebene Produkte wegfallen. Dadurch ist ein deutlicher Zuwachs an Produktion und Beschäftigung zu erwarten.

Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen

Weiter würden, da alle Unternehmen innerhalb Deutschlands gleichmäßig belastet sind, keine Wettbewerbsverzerrung durch personenintensive oder – extensive Produktion erfolgen. Diese wären für die Sozialabgaben unerheblich. Vielmehr würde tatsächlich geprüft, ob die Produktion in Hinblick auf Qualität, Produktivität und Selbstverständnis der Firma durch Menschen, Maschinen oder im Ausland erfolgen sollte. Die Wertigkeit des Menschen in der Produktion würde deutlich erhöht.

Schaffung von Niedriglohnjobs

Auch für den Arbeitsmarkt wäre dieser Wechsel entscheidend. Es könnten durch die Zahlung der direkten Löhne ohne Bürokratie viele Niedrigjob, Teil- und Nebenbeschäftigungen möglich werden. Heute scheitert die Schaffung dieser Arbeitsplätze oft daran, dass der Aufwand für die Verwaltung sehr hoch ist. Die Abgaben verteuern faktisch selbst niedrig bezahlte Jobs und zudem besteht bei Niedrigjobs wegen der hohen Diskrepanz zwischen brutto und netto für viele kein Anreiz, derartige Arbeitsstellen anzutreten. Bisher ist die Zahl an diesen sogenannten niedrig qualifizierten Jobs zudem sehr gering. Ob nun eine Maschine oder ein Mensch in Zukunft beschäftigt wäre, würde allein durch tatsächliche Kosten-Nutzenkalkulation, nicht wegen der Sozialabgaben bestimmt. Es würden praktisch die Lohstückkosten deutlich gesenkt, ohne dass Einkommensverluste oder insgesamt Mehrbelastungen aufträten. Auch dieser Effekt würde einen starken Schub in den Beschäftigungszahlen bewirken.

Vorteile – Auswirkungen auf die öffentliche Verwaltung – Staatswesen

Abbau von Verordnungen – Verwaltungen

Durch die Vereinheitlichung der Sozialsysteme der Rentenversicherung in einem Leistungskatalog wird der Bereich der Rente, der Abgaben und auch der

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

Krankenkassen vereinfacht. Viele Verordnungen und Gesetze können gestrichen oder gekürzt werden. Erlassene Vorschriften haben längere Zeit Gültigkeit. Allein die Vorschriften über die Art der Abgaben auf Löhne und deren Verwaltung ist kaum überschaubar. Es ist klar ersichtlich, dass der Staat nur einen Teil der damit frei werdenden Beschäftigten tatsächlich abbauen kann. Daher wird die Kosteneinsparung in der öffentlichen Hand infolge Beschäftigungsabbau eher gering ausfallen. Vielmehr wird es zu Neustrukturierungen kommen. Davon unten mehr.

Sozialsysteme entziehen sich dem politischen Tagesgeschäft

Viel Zeit und Anstrengungen seitens des Parlaments, der Regierung, des Bundestages, der Gerichte, der Länder usw. werden für die Klärung von Fragen der Sozialsysteme aufgewandt. Leichtfertig wurden Eingriffe zum Gewinn von Wahlen vorgenommen, die massiv zu Lasten der Allgemeinheit gingen. Man denke nur an die Eingliederung der Ostrenten in die Rentenkasse oder die Herabsetzung des Beitrags der Arbeitsämter für die Sozialversicherung der Arbeitslosen. Diese Eingriffe sind hier durch Festlegung des Leistungskatalogs mit 2/3 Mehrheit nicht mehr einfach möglich. Dies gewährleistet eine langfristige Konstanz der Gesetze, schafft Vertrauen in die Systeme, das bis heute immer mehr abnahm.

Sollte die Politik Maßnahmen für sinnvoll halten, müssen diese über den Haushalt finanziert werden. So darf es künftig nicht sein, dass einfach die Kosten für Aussiedlerrenten, Ostrenten, ermäßigte Beiträge für Arbeitslose, usw. einfach auf die Sozialkassen umgelegt werden, ohne dass eine ausreichende Finanzierung bereits gestellt wird und die Abgabenquote ständig steigt.

Lösung des Problems der Beamtenpensionen

In wenigen Jahren werden die Beamtenpensionen massiv zunehmen und die Haushalte der Länder als auch des Bundes massiv belasten. Rückstellung oder Vorsorge für dieses Problem haben nur wenige und dann auch sehr eingeschränkt vorgenommen. Dieses Problem wird dadurch angegangen, indem die Beamtenpensionen in die Rentenkasse eingegliedert werden. Die Beamtenpensionen müssen dann in der Leistungshöhe auch den üblichen Renten entsprechen. Diese zu übernehmenden Leistungen sind vom Staat dadurch mit zu finanzieren, dass er auf alle Löhne, Gehälter, Diäten usw. min. 30-50% mehr

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

Sozialabgaben zu leisten hat als karitative Organisationen. Durch diesen Aufschlag soll zudem für die öffentliche Hand der Anreiz gesetzt werden, alle privatwirtschaftlich zu leistenden Bereiche auch zu privatisieren. Es darf sich für den Staat nicht rechnen, nicht zwingend notwendige Tätigkeiten selbst zu übernehmen. Allein durch hohe Abgaben auf Gehälter kann hier bereits viel Veränderung erreicht werden.

Wegfall der Scheinselbstständigkeit

Durch die Koppelung der Sozialabgaben an den Umsatz, zahlt jeder Betrieb faktisch immer Sozialabgaben. Die Frage der Scheinselbstständigkeit ist daher faktisch ohne Bedeutung. Auch das Problem der vielen Sub-Unternehmer usw. ist dadurch lösbar, da allein die Umsätze und nicht die gemeldeten Arbeitnehmer die Sozialabgaben bestimmen.

Reduktion des Beamten- und Verwaltungsstaates

Durch den Wegfall vieler Verordnungen und Gesetze fällt automatisch der Bedarf an vielen Beamten und Angestellten in den öffentlichen Verwaltungen weg. Andererseits fehlen in vielen wichtigen Bereichen noch Angestellte. Es wird dadurch in der Anfangsphase zu massiven Umgruppierungen kommen müssen. Es wird ein Mehr an Beamten in den Finanzverwaltungen geben, da dort die Anlaufstelle für die Kassen liegen wird. Zusätzliches Personal wird im Bereich der Justiz und der Polizei bereits jetzt dringend angefordert. Für viele muss es aber einen Wechsel in die Privatwirtschaft geben. Durch die zu erwartende deutlich höhere Nachfrage nach Arbeitnehmern, der Schaffung vieler Arbeitsplätze durch Wegfall vieler Regulierungen, muss der Staat Stellen abbauen.

Verschlinkung des Staatshaushaltes und der Länderfinanzen

Bisher ist der Bereich Arbeit und Soziales der größte Posten des Bundeshaushaltes gefolgt von der Zinsbelastung und der Verteidigung. Wesentliche Teile des Arbeits- und Sozialhaushaltes fallen weg, da die Zuzahlungen in Arbeitslosenkasse und Rentenversicherung wegfallen. Für die Kommunen ist die Finanzierung der Sozialhilfe eine hohe Belastung. Es wäre demnach sinnvoll auch diese Sozialhilfe zum Teil in das System der SUST aufzunehmen. Hier ist zum

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

Beispiel an die Eingliederung der Rentner, welche jetzt Sozialhilfe erhalten zu denken.

In jedem Fall reduziert sich der Bundeshaushalt, die erforderliche Gesetzgebung, der Zeitaufwand zur Beschäftigung mit entsprechenden Fragen usw. enorm. Da die SUST ohne administrative (d.h. ständig eingreifende Bürokratie) auskommt, wird dies den Staatshaushalt nachhaltig entlasten. Diese freigesetzten Gelder sind aber zwingend zum Abbau der bereits angehäuften Schulden einzusetzen. Faktisch sollte dem Staat nur in besonderen Ausnahmefällen zugestanden werden, Schulden aufzunehmen.

Möglichkeiten der gezielten Subvention

Ein nicht zu unterschätzendes Problem ist häufig die Zielsicherheit der Subventionen. Gleich einer Gießkanne werden Subventionen oft ohne genaue Bedürfnisanalyse verteilt. Zum anderen wurden und werden vielfach Bereiche auf Kosten der Sozialkassen subventioniert. Diese oftmals als Wahlgeschenke zu Lasten der Kassen zu bezeichnenden Subventionen belasten in nicht unerheblichem Maß die Beiträge der Krankenkassen und Rentenversicherungen. So kostete die Reduzierung der Beiträge von Arbeitslosen die Kassen etliche Milliarden, die jetzt über Beitragserhöhungen eingetrieben werden müssen. Durch die SUST besteht die Möglichkeit, gezielte Förderungen für bestimmte Betriebe, Regionen usw. einzusetzen. Beispielsweise kann für wirtschaftlich schwache Regionen in den ostdeutschen Bundesländern eine Reduzierung der SUST eingeführt werden. Der Ermäßigungsbetrag würde von aus dem Bundeshaushalt in die Sozialkasse überwiesen, so dass für die Gesamtheit keine Kosten anfallen. Andererseits ist anhand dieser Geldläufe die Wirksamkeit und die Transparenz der Subventionen ersichtlich. So könnte, da die wirtschaftliche Entwicklung in einem Fördergebiet oft nicht gleichmäßig ist, anhand der Umsatzzahlen eine abgestufte Förderung bewerkstelligt werden. So sind nicht alle Regionen im Osten wirklich notleidend und nicht alle Bereiche im Westen prosperierend. Hier ist dringend eine zielsichere Förderung notwendig.

Auch Kosten für den Vorruhestand, Regelungen bei Firmenpleiten würden in diesem Fall vom Bund zu übernehmen sein. Es kann doch nicht sein, dass gerade die Großindustrie Hauptnutznießer dieser Regelungen ist, derweil die Hauptlast von kleineren Betrieben getragen wird.

Vorteile für den Bürger

Leistungsbereitschaft lohnt wieder

Da die Löhne ohne Sozialabgaben ausgezahlt, der Beitrag für die privat zu entrichtenden Krankenkassenbeiträge aufgeschlagen und nur Einkommenssteuer abgezogen werden, deckt sich das Gehalt besser mit dem tatsächlich ausgezahltem Geld. Wer viel arbeitet, sei es wegen Hausbau oder anderen erhält entsprechend seiner Tätigkeit mehr Gehalt. Menschen, die mehr arbeiten wollen, erhalten den Lohn ihrer Mehrarbeit ohne große Abzüge. Leistungsbereitschaft, Einsatz sollen wieder lohnend werden. Da Lohnerhöhungen sich direkt im Nettogehalt niederschlagen, können auch Lohnsteigerungen moderater ausfallen. Bisher ging der Löwenanteil der Steigerungen leider in einem Mehr an Abgaben unter.

Im weiteren werden die Krankenkassenbeiträge direkt vom Versicherten an die Kassen abgeführt. Diese bieten für einen standardisierten Leistungsblock (vergleichbar dem jetzigen AOK-Profil) einen Vergleichsbeitrag an. Dieser kann durch Eigenanteil, bestimmte Abrechnungsmodalitäten gesenkt oder durch Sonderwünsche verändert werden. In jedem Fall hat der Bürger mehr Möglichkeiten der Gestaltung und Wahl, verbunden mit einem Mehr an Leistung oder Beitragssenkung.

Vertrauen in Sozialsystem

Durch die Entkopplung des Sozialsystem von dem politischen Tagesgeschäft wird das System stabiler. Nicht ständige Diskussionen oder leere Kassen ängstigen den Bürger. Statt dessen kann er auf ein stabiles System vertrauen, dass auch hinsichtlich der Überalterung und Beamtenpensionen stabil ausgelegt ist. Durch die Koppelung der Sozialabgaben an die Umsätze stiegen mit zunehmender Zahl an Rentnern nicht die Lasten je verbleibenden Arbeitnehmer. Vielmehr wird durch die Umsatzkoppelung faktisch jeder, auch der Rentner infolge des Konsums mit an den Kosten beteiligt. Dies stellt auch gewissermaßen einen Ausgleich der Generationen wieder her.

Vorteile für internationale System und für die Globalisierung

Die Globalisierung krankt vor allem daran, dass Länder mit hohem Sozialniveau, hohen Löhnen infolge des Lebensstandart mit Ländern konkurrieren müssen, die extrem niedrige Löhne, Sozialniveaus usw. haben. Dadurch sind in erheblichem Umfang Arbeitsplätze in das Ausland verlagert worden, weil eine Produktion in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich möglich war. Durch die SUST besteht eine Möglichkeit, diese unterschiedlichen Niveaus gezielt aneinander anzupassen. So können durch unterschiedliche Sätze innerhalb Europas die teils gravierenden Systemunterschiede innerhalb der EU oder den künftigen Beitrittsländern geregelt werden, ohne dass es zu massiven Verlagerungen hin zu Billiglohnländern kommt. Dadurch können die wirtschaftlichen Verflechtungen der Länder ohne Gleichmacherei der nationalen Eigenarten strukturiert werden.

Steuerungsmechanismen der SUST

Wie oben bereits ausgeführt, krankt unser jetziges System daran, dass es keine Selbstregulierung besitzt und daher ständig Nachbesserungen, Reformen und Kostensteigerungen zu erwarten sind. Zudem produziert das jetzige System ständig neue Bürokratien, an denen es langsam zu ersticken droht. Zudem wird durch die einseitige Belastung der nationalen Löhne nur die Produktion, nicht aber der Umsatz belastet, so dass der Druck aus Billiglohnländern oder anderen Volkswirtschaften sehr hoch ist.

Dies darf im System der SUST nicht erfolgen. Oben sind die wesentlichsten Anforderungen an das System der SUST aufgelistet. Diese Anforderungen sind sehr hoch, aber daran muss die ein neues System als Lösung messen lassen. Betrachten wir daher das System im Vergleich mit den vorgegebenen Kriterien:

- das neue Abgaben und Steuersystem muss globalisierte Waren-, Geld- und Menschenströme berücksichtigen
 - ⇒ dies wird durch die Erhebung der SUST auf die Umsätze erzielt, es zählt nicht der Produktionsstandort, sondern der Ort, an dem die Ware verkauft werden. Es fällt die SUST daher nur für alle Geschäfte im Inland an, nicht aber für ausländische Umsätze, es wird also ein internationaler Waren- und Geldstrom möglich sein, der unabhängig von der nationale Finanzierung der Sozialsysteme

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

me ist. Sollten die Sozialausgaben steigen, die SUST also erhöht werden, würde dies den internationalen Handel nicht verändern, da die Erhöhungen alle Waren, aber nur innerhalb Deutschlands trafen

- es muss mit einem Minimum an administrativer Bürokratie auskommen, d.h. das System muss so angelegt sein, dass es sich selbst hinsichtlich Ausgaben und Einnahmen reguliert
 - ⇒ Die SUST wird analog der Umsatzsteuer gestaltet, so dass auf eine bereits bestehende Gesetzgebung zurückgegriffen werden kann, die nur für nicht umsatzsteuerpflichtige Betriebe und Organisationen sowie für Verwaltungen, karitative Organisationen angepasst werden muss. Zudem werden die Leistungen der SUST ausgegliedert aus dem Bundeshaushalt und mit 2/3-Mehrheit der Leistungskatalog beschlossen. Daher entzieht es sich dem politischen Tagesgeschäft. Je nach Ausgaben erhöht oder mindert sich der SUST-Satz. Damit besteht ein Automatismus für die Ausgaben-Einnahmenseite, ohne dass ständig neue Gesetze notwendig sind. Diese Veränderungen betreffen die gesamte Volkswirtschaft komplett, ohne dass dadurch ständig begleitende Verordnungen oder Gesetze notwendig sind. Durch gleichmäßige Belastung aller Wirtschaftsbereiche wird die Erhöhung verteilt und mindert wegen der nationalen Gültigkeit nicht Exportchancen. Zudem verändert eine Erhöhung oder Erniedrigung nicht die Kostenunterschiede zwischen Waren die im In- oder Ausland produziert werden, da diese prozentual gleich zu versteuern sind.

- es muss einfach in der Anwendung sein und so für Bürger verständlich und nachvollziehbar sein, zudem muss es für Investoren klar definierbar sein, damit verlässliche Kalkulationen und Sicherheit gegeben ist
 - ⇒ Die SUST richtet sich nach den Umsätzen und belastet keine Löhne direkt. Für den Investor ist auch in schlechteren Zeiten durch die Reduktion der Beiträge eine sichere Kalkulation der Kosten möglich. Zudem erfolgt die Ermittlung der Umsatzsteuer relativ einfach im Vergleich zur jetzigen Lohnkalkulation

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

- es muss in der Startphase ohne höhere Belastungen für die Volkswirtschaft auskommen und langfristig Problembereiche wie die Überalterung, Beamtenpensionen, Zuwanderung, Schwankungen in der Wirtschaftsentwicklung usw. berücksichtigen
 - ⇒ Die SUST wird zu Anfang so hoch erhoben, dass die Ausgaben ohne Leistungsminderung abgedeckt sind, faktisch wird die SUST zuerst nur eine Umfinanzierung sein, bis durch die positiven Steuerungseffekte auch eine Minderung der Ausgaben durch Reduktion der Arbeitslosigkeit erfolgen wird.
 - ⇒ Durch die höheren Beiträge der öffentlichen Haushalte wird das Problem der Beamtenpensionen gelöst, da diese in die Sozialkassen integriert werden. Falls durch Überalterung die Ausgabenleistungen steigen, werden diese von allen Personengruppen durch die Erhöhung der SUST bezahlt. Diese Mehrzahlungen greifen sowohl bei Rentnern als auch bei Arbeitnehmern gleichermaßen. Auch Schwankungen in der Wirtschaftsleistungen sind berücksichtigt, da diese Erhöhungen durch die nationale Ausrichtung der SUST nur für den Inlandshandel gelten. Zuletzt ist die SUST in der Startphase so ausgerichtet, dass der Hebesatz den Ausgaben entspricht. Da die Umstellung zu mehr Arbeitsplätzen, Abbau von Verwaltungen führt und somit weniger Ausgaben anfallen, wird die SUST auch zu einer Verminderung der Ausgaben in den Sozialsystemen führen.
- es darf die Leistungen für die Bürger nicht mindern, da es sonst kaum durchsetzungsfähig ist, d.h. weder Renten, noch Arbeitslosenunterstützung und Leistungen der Krankenversicherung dürfen gemindert werden
 - ⇒ Die Leistungen für Rente, Arbeitslosenversicherung usw. werden weiterhin an den Einkommen gekoppelt bleiben. Hierbei zählen aber nur die beim Finanzamt angemeldeten Einkommen. Daher ist es möglich, die jetzigen Rentenstrukturen beizubehalten. In jedem Fall sind aber Korrekturen im Leistungszuschnitt der Arbeitslosenunterstützung und -hilfe, der Renten und Beamtenpensionen notwendig.

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

- es ist mittelfristig von einem stärkeren Zusammenwachsen der EU-Staaten auszugehen, daher muss dieses System die Kompatibilität der Sozialsysteme und Eigenarten der jeweiligen Länder berücksichtigen können
 - ⇒ Da die SUST für jedes Land separat festgesetzt wird und nur national gelten, können die Kompetenzen für die Gestaltung der Sozialsysteme national bleiben. Es müssen keine Harmonisierungen durchgeführt werden, um überall gleiche Verhältnisse zu schaffen. Dies spart auch auf EU-Ebene viel Bürokratie und erhält die Eigenarten der Nationen. Auch wird der teils ruinöse Wettbewerb um Arbeitsplätze zwischen den Ländern vermieden, da unabhängig von dem Produktionsstandort nur im Verkauf die SUST anfällt und diese für alle Produkte je nach Land gleich ist.

Problembereiche der SUST

Familienförderung

Durch die SUST wird es zu einem Anstieg diverser Verbraucherpreise kommen, da nicht in jedem Wirtschaftsbereich die Einsparungen der bisherigen Sozialabgaben durch die SUST ausgeglichen werden. Insgesamt zahlt eine Familie mit zumeist nur einem Verdienst oft 3-4x sowie Mehrwertsteuer und SUST wie ein Alleinstehender. Diese Diskrepanz ist bereits heute zu beklagen und wird sich auch in Zukunft auswirken. Durch die SUST wird sich dies eher verschärfen. Daher sind begleitende Maßnahmen für die Familien zu entwickeln. Meines Erachtens die beste Lösung ist ein Familiengehalt. Statt vieler einzelner, stark regulierter Förderungen, Nachlässe usw. sollte ein Grundgehalt für jedes Kind gezahlt werden, welches um jedes weitere Kind erhöht wird. Dieses Gehalt würde dann in der Leistungsberechnung für die Sozialkassen berücksichtigt. Der Effekt dieses Familiengehaltes wäre vielseitig:

- durch das Familiengehalt würde für Familien mit Kindern keine Sozialhilfe zu zahlen, diese Leistung würde alle Familien aus der Sozialhilfe herausnehmen.

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

- der Beruf Mutter würde entsprechend seiner gesellschaftlichen Bedeutung gewürdigt und als Beruf anerkannt, ohne dass damit finanzielle Nachteile bestünden.
- Durch diese gezielte Förderung der Familie würde die Zahl an Kindern wieder steigen und so langfristig ein Ausgleich der Überalterung erzielt, dies ist volkswirtschaftlich extrem wichtig

Mit Einführung eines Erziehungsgebhalts, einer Versorgungsrente für Arbeitsunfähige (infolge Krankheit) und Herausnahme der Rentner ohne ausreichende Versorgung (z.B. Versorgung über Sozialrente) könnten zielgerichtet die Sozialhilfeempfänger auf jede reduziert werden, die zwar arbeitsfähig sind, jedoch nicht dazu bereit sind oder nicht ausreichend qualifiziert. Hier könnten durch Anreize als auch Sanktionen zielgerichtet Maßnahme eingeleitet werden, um die Sozialausgaben in diesem Bereich zu mindern.

Die SUST wird nur von Arbeitgebern und nicht paritätisch finanziert

Dieser Einwand basiert darauf, dass bisher die Sozialversicherung zur Hälfte vom Lohn des Arbeitnehmers abgezogen wurde und hälftig vom Arbeitgeber bezahlt wurde. Diese paritätische Finanzierung ist aber nur ein Konstrukt ohne praktische Relevanz. Zum Einem zählt für den Arbeitnehmer faktisch nur das Nettoeinkommen, das Bruttoeinkommen ist für ihn eine fiktive Zahl, ein Vergleichswert, es zählt nur das Geld auf dem Konto, denn davon muss er sein Leben finanzieren. Zum anderen muss der Arbeitgeber sowohl die Sozialabgaben, Steuern und Nettolöhne der Arbeitnehmer finanzieren. Sollte er statt dessen die Sozialabgaben über die SUST bezahlen, würde für ihn an der Finanzierung der Sozialkosten sich praktisch nichts ändern. Ebenso wäre der Arbeitnehmer bei selber Nettolohnsumme. Daher ist die paritätische Finanzierung der Sozialkosten kein Argument gegen die SUST.

Das Problem der Krankenkassen

Das System der SUST umfasst an sich nur die Renten- und Arbeitslosenversicherung. Krankenversicherung und Pflegeversicherung sind nicht enthalten. Dies macht insofern Sinn, als dass die Krankenkassen zu vielseitig strukturiert

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

sind (360 gesetzliche Kassen und min. genauso viele Privatkassen). Hingegen gibt es die LVA, BFA und das Arbeitsamt. Daher sind diese Bereiche deutlich einfacher zu gestalten.

Ein Problem der Krankenkassen sind die hohen Verwaltungskosten. Da die SUST über die Finanzämter abgewickelt werden, wären die Kassen davon völlig befreit, sondern nur für ihren eigenen Bereich zuständig. Im ersten Schritt der Umgestaltung sollten die Kassen in jetziger Form und Struktur beibehalten werden, jedoch statt einer Finanzierung über die Arbeitgeber, werden die kompletten Krankenkassenbeiträge an die Arbeitnehmer ausgezahlt, die dann sich analog einer Privatkrankenkasse selbst zu versichern haben. Dann sollte eine Reform der Krankenkassen erfolgen, so dass die Krankenkassen vollkommen privat organisiert werden. Zur Vergleichbarkeit der Krankenkassen ist ein gewisses Leistungsprofil mit einem Vergleichsbeitrag zu entwickeln. Dies könnte in etwa der jetzigen Leistung einer gesetzlichen Krankenkasse entsprechen. Mit diesem Leistungsbild sollte dann die Wahl der Krankenversicherungen völlig frei gestellt werden, faktisch völlig wie die Privatkrankenkassen organisiert sein. Wenn jemand eine Reduktion für Selbstbeteiligung wünscht, bestimmte Heilmethoden zusätzlich haben möchte, könnte hierfür ein Zu- oder Abschlag entsprechend vereinbart werden. Dies aber als eigene Vereinbarung zwischen Versichertem und Krankenkasse. Die Versicherung der Familienangehörigen kann mit berücksichtigt und intern über die Krankenkassen ausgeglichen werden.

Die Folge dieser Änderung wäre, dass die Krankenkassen hinsichtlich der Beiträge in effektiven Wettbewerb treten könnten und die Unterscheidung zwischen privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen entfielen. Durch die Wahlmöglichkeiten, Zu- oder Abwahl von Leistungen könnten je nach Wunsch eigenständige Leistungsbilder geschaffen werden. Prinzipiell muss aber jede Versicherung jeden aufnehmen, ohne Voruntersuchung.

Durch die Festlegung des Vergleichsbeitrags über einen Leistungskatalog wären alle Krankenkassen auf die selbe Stufe gesetzt. Die Differenzierung in private oder gesetzliche Kassen entfielen, entsprechend wären auch die Beitragsunterschiede ausgeglichen.

Das System der Krankenkassen ist aber ein gesondertes Thema, welches hier nur angerissen werden kann, nicht aber abschließend behandelt.

Die Ermittlung der Renten- und Arbeitslosenversicherung

Durch die SUST werden die bisherigen Bezugsgrößen für die Sozialkasse verändert. Diese Umrechnungen sind aufwendig und teilweise nicht immer ohne Leistungskürzungen für einzelne möglich. Gerade bei Spitzenverdienern unter den Rentnern und Beamten werden sich stärkere Veränderungen ergeben. Dies wird schmerzlich und für Politiker nicht immer leicht vermittelbar sein. Jedoch ohne Systemwechsel werden viele ebenso starke Einschnitte bis hin zu einer Mindestrente in Kauf nehmen müssen. Trotz hoher Einzahlungen wird die künftige Rente kaum mehr als eine Sozialrente sein. Die jetzt angestrebte private Zusatzversicherung wird dies nur wenig ändern können, da angesichts der Kapitalschwunds bei den Versicherungen infolge der erhöhten Rentenleistungen und des verminderten Kapitalzuflusses noch nicht abschätzbare Probleme vor uns liegen.

Die Umsetzung der SUST

Es bleibt für einen nachhaltigen Richtungswechsel nicht mehr viel Zeit. Die Ausgaben der Sozialkassen, die Staatsverschuldung haben ungeahnte Höhen erreicht, ohne dass der Gipfel in Sicht ist. Die von den Politikern beschworene Erholung der Wirtschaft und das damit verbundene Wirtschaftswachstum lösen aber wie oben dargestellt nicht unsere Probleme. Vielmehr werden sie wie eine Krankheit nur weiter verschleppt, um dann noch härter und unerbittlicher zu erkranken.

Der Vorteil der SUST liegt darin, dass zuerst nur die Einnahmenseite vorrangig geordnet wird und erst in einem 2. Schritt die Ausgaben oder die Bürokratie neu strukturiert werden müssen. Auch wird durch die Veränderung der Finanzierung der Krankenkassen die Beitragszahlung zuerst nicht geändert. Die SUST sollte daher in folgenden Schritten umgesetzt werden:

1. Abfassen einer Gesetzgebung für die SUST als Ergänzung zum jetzt gültigem Umsatzsteuergesetz
2. Ermittlung der Umrechnungsformeln für Rente und Arbeitslosenversicherung
3. Umstellung der Abgaben von Lohnbezug auf Umsatzbezug
 - **1. Stufe: Umstellung der Finanzierung**, Zahlung an Renten und Arbeitslosenkassen in Höhe der jetzigen Ausgaben ohne Änderung des Leistungsbildes, Umsetzung schnellstmöglich
4. Festlegung des Leistungskatalogs der Sozialkasse, Abtrennung zu Leistungen aus Bundeshaushalt
5. Festlegung Renten, Beamtenpensionen nach neuer Formel
6. Festlegung Leistungsbild der Krankenkassen
7. Einführung eines Familiengehalts
 - **2. Stufe: Reform der Ausgaben**, d.h. Auslichten der Gesetzgebung, Straffung der Verwaltung,

Damit ist prinzipiell die Finanzierung und Erhaltung des jetzigen Systems gegeben. Damit fängt aber die eigentliche Arbeit, das Entrümpeln der Gesetzgebung erst an. Es sind die gesamten Gesetze, Verordnungen usw. zu straffen, soweit

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

möglich abzuschaffen und die Gesetzgebung auf ein Minimum zurück zu führen.

Das Hauptproblem der Umsetzung der Sozialumsatzsteuer sind aber nicht die gesetzlichen Umstellungen, nicht die Änderungen in Gesellschaft und Betrieben. Das Problem ist unser demokratisches System, unsere Politik. Sind unsere Politiker in der Lage zum Wohle unseres Landes eine derart umfassende Reform durchzusetzen? Ist nicht zu befürchten, dass durch viele parteipolitische Einflussnahme das Konzept stark verwässert wird? Welche mächtigen Interessengruppen werden sich die Reformen maßschneidern? Zuletzt, werden die Politiker dem massiven Angriff der Medien stand halten? Es ist doch klar ersichtlich, dass es einzelne, vielleicht auch viele Benachteiligte geben wird. Werden diese wenige dann mit medialer Verstärkung zur Volkes Stimme und beeinflussen die Mehrheit der Entscheidungen? Ein Politiker, der es jedem Recht machen will, alle Flügel und Parteiungen zufrieden stellen will, wird scheitern. Einen Macher ohne Parteibindung werden die Parteien kaum zulassen bzw. nachhaltig bremsen.

Darin sehe ich die meisten Probleme für eine Reform. Gerade die jüngste Geschichte von 1990 an zeigt, wie reformunfähig die Politik geworden ist. Den Leidensdruck der verschleppten Reformen müssen die Bürger tragen, die Politiker sind stets mehrfach dagegen abgesichert und lassen nur beim Wahlkampf Mitleid aufblitzen. Daher muss die Reform der SUST auch eine tiefgehende Reform in unserer Politik, unserer Parteilandschaft und in unserem Denken bewirken. Jedes Volk erhält die Regierung, die es verdient, sagt ein Sprichwort.

Daher sollten wir als Deutsche intensiv darüber nachdenken, was passiert, wenn wir aus eigener Kraft keine Reform bewirken. Eines Tages, in naher Zukunft werden die äußeren Randbedingungen uns zwingen, zu handeln. Doch was wird passieren, wenn wieder 6 Millionen Arbeitslose auf der Straße stehen, die sozialen Sicherungen alle durchgebrannt sind? Welchem Politiker wird dann geglaubt, wenn bisher alle Versprechen leer und unerfüllt blieben, keine echten Reformen gelangen? Ich fürchte, dass dann Deutschland oder vielleicht ganz Europa erneut eine starke Hand suchen. Hitler gelang hauptsächlich deshalb an die Macht, weil das politische System marode und nicht in der Lage schien, die

Konzept einer umsatzorientierten Sozialsteuer

erdrückenden Probleme der damaligen Zeit zu lösen. Er leitete binnen kurzem Reformen und Veränderungen ein, so dass nach kurzer Zeit die drückendsten Probleme beseitigt waren und die Mehrheit der Bevölkerung ihn über die Maßen verehrte. Seine wahren Absichten erkannte damals kaum jemand.

Ich fürchte sehr, dass wenn nicht eine tiefgreifende Reform und ein Umsteuern einsetzt, wir in eine Krise wie 1929 geraten. Da die Strukturen der EU sehr undemokratisch sind, kann dies das Podium eines neuen Führers werden. Die Zeit drängt, das vorhandene Zeitfenster für Reformen zu nutzen, bevor jemand anderes diese Notsituation für andere Zwecke nutzt.

Auf einen Schluss soll hier verzichtet werden, da das Konzept noch nicht vollständig ist, weitere Ideen und Vorschläge notwendig sind. Zudem muss das Konzept verifiziert werden, d.h. es muss eine volkswirtschaftliche Berechnung der Umfinanzierung und deren Folgen erfolgen. Für wesentliche Bereiche müssen noch geeignete Konzepte entwickelt werden. Daher verstehe ich mein Konzept nur als Vorschlag, als Anstoß zur Fortentwicklung, nicht als Lösung.